

NEWS AUS EUROPA

Aktuelle Informationen von Dr. Thomas Ulmer, MdEP

Plebiszite: Rettung der Demokratie?



Stuttgart 21 wird die deutsche Demokratie verändern. Diesen Anspruch hört man in diesen Tagen oft. Politikverdrossenheit, das schwindende Vertrauen in unsere Volksvertreter und das ungute Gefühl der Machtlosigkeit plagen viele Bürger. Dabei könnte die Lösung doch so einfach sein: mehr Demokratie wagen! 65% der Bevölkerung sind überzeugt, dass es die Qualität der deutschen Demokratie heben würde, wenn die Bürger per Volksabstimmung über bedeutende Projekte

entscheiden könnten. Nur 15% fürchten nachteilige Auswirkungen. Überwältigende 73% versprechen sich von Volksabstimmungen eine bessere Orientierung der Politik an den eigenen Interessen. Auch das mangelnde Interesse an Politik, das Gefühl vieler Bürger, Politik schwebe in einer uns fremden Welt, ließe sich laut Umfragen durch mehr direktdemokratische Elemente beheben. Es gibt jedoch auch, wie so oft, eine Kehrseite der Medaille. Den geringen Rückhalt für unsere repräsentative Demokra-

tie allein einer unzureichenden Bürgernähe anzulasten, wäre zu kurz gegriffen. Unseren Politikern wird kaum eine Chance gelassen, unsere Sozialsysteme wettbewerbs- und zukunftsfähig zu gestalten. Unliebsame Reformen, die bei einem grundsätzlich sehr hohen Standard auch Verzicht für den Einzelnen bedeuten könnten, würden kaum in einer Volksabstimmung eine Mehrheit bekommen.

Auch Dr. Thomas Ulmer, seit sechs Jahren Volksvertreter für die Region Nordbaden im

Europäischen Parlament, sieht die derzeitige Diskussion kritisch: „Dass Politik in hohem Maße danach bewertet wird, ob sie den eigenen Interessen nutzt, ist gefährlich.“

Auch dass Plebiszite häufig rein taktisch und instrumentell befürwortet werden, um bei bestimmten Fragen die Oberhand zu gewinnen und unliebsame Projekte zu verhindern, trüge das idealistische Bild einer direkten Demokratie. Ulmer: „Bürgerentscheide ohne Bürgersinn, die lediglich nach persönlichen Befindlichkeiten ausgerichtet sind, sind gefährlich. So wünschenswert eine stärkere Beteiligung der Bürger auch sein mag.“

Weitere Informationen erhalten Sie beim Anklicken der folgenden Buttons:

ARGUMENTE FÜR S21

INFORMATIONEN
UND ARGUMENTE
ZUM PROJEKT STUTTGART 21

HIER GEHT'S ZU
STUTTGART 21

Der Bahnprojekt für die Stadt, die Region und das ganze Land

Regulierung von Hedgefonds

Nach der Finanzkrise sollte kein Finanzakteur mehr unbeaufsichtigt bleiben - diesem Ziel ist die Europäische Union nun ein Stück näher gekommen. In diesen Tagen einigten sich die EU-Finanzminister auf eine gemeinsame Linie zur künftigen europäischen Regulierung von Hedgefonds und Beteiligungsgesellschaften. Der monatelange Streit zwischen Frankreich und Großbritannien, bei dem es um die Behandlung von Managern aus Drittstaaten ging, wurde damit beigelegt. Künftig müssen sich Fondsmanager registrieren lassen, ein Mindestkapital vorhalten, Vergütungsregeln beachten und Aufsehern Einblick in ihre Geschäfte geben. Im Gegenzug erhalten sie einen „EU-Pass“, der ihnen die Tätigkeit in der ganzen EU erlaubt. Der Umgang mit Fondsmanagern aus Drittstaaten soll in einer Stufenlösung gere-

gelt werden, die Managern aus EU-Staaten für eine Übergangsfrist eine Vorzugsbehandlung einräumt. Diese könnten voraussichtlich ab 2013 einen Fonds-Pass beantragen. Manager aus Nicht-EU-Staaten erhalten ab 2015 die Möglichkeit, den Pass ausgestellt zu bekommen. Der nordbadische Europaabgeordnete Dr. Thomas Ulmer, Mitglied im Ausschuss für Verbraucherschutz, begrüßt die Einigung der EU-Finanzminister: „Damit haben wir einen weiteren wichtigen Schritt hin zu einer lückenlosen Finanzmarktregulierung in der EU erreicht.“ Damit ist der Weg frei für abschließende Verhandlungen mit dem Europaparlament. Es wird damit gerechnet, dass die Abgeordneten im November der Neuregelung zustimmen werden.

NEWS AUS EUROPA

Aktuelle Informationen von Dr. Thomas Ulmer MdEP

Erdölförderung soll sicherer werden

In dieser Woche brachte EU-Kommissar Günther Oettinger ein Moratorium ins Gespräch, nach dem in Zukunft nur noch Ölplattformen zugelassen werden sollen, die den weltweit höchsten Sicherheitsstandards genügen. Die Kommission in Brüssel plant umfassende Vorschriften, um die Unfallprävention, die Behebung von Schäden sowie die finanzielle Haftung zu regeln. Derzeit bezieht sich die EU-Umwelthaftungsrichtlinie lediglich auf eine Entfernung von bis zu 12 Seemeilen vor der Küste. Künftig werden die Ölgesellschaften verpflichtet, Schäden in einer Entfernung von bis zu 200 Seemeilen vor der Küste zu beheben. Kontrollen werden zudem verschärft und die Sicherheitsausrüstung muss höchsten Standards genügen. Schließlich wird die Kommission die Umsetzung bestehender Abkommen und neue gemeinsame Initiativen fördern. 2011 werden entsprechende Gesetzesvorschläge vorgelegt. Dr. Thomas Ulmer, Europaabgeordneter und Mitglied im Umweltausschuss, begrüßt die Initiative



der Kommission: „Wir werden mittelfristig nicht auf Öl verzichten können. Die Sicherheit muss jedoch gewährleistet werden und wir müssen aus der Katastrophe im Golf von Mexiko die richtigen Schlüsse ziehen.“ Auch EU-Energiekommissar Oettinger, CDU, betont: „Sicherheit ist nicht verhandelbar.“ Beim Unglück der Deepwater

Horizon hatte nach einer Explosion ein Sicherheitsventil versagt. Monatlang konnte Öl ungehindert in den Golf von Mexiko fließen, da eine Entlastungsbohrung nicht rechtzeitig vorgenommen werden konnte. Nun müssen die Ölgesellschaften in ihren Notfallplänen nachweisen, dass sie solche Entlastungsbohrungen unverzüglich durchführen können. Außerdem soll die Zusammenarbeit zwischen Behörden und Ölgesellschaften verbessert werden. In der Europäischen Union gibt es rund 900 Offshoreanlagen, davon 486 in Großbritannien. In Deutschland gibt es zwei. Allerdings befinden sich lediglich in Norwegen Anlagen in einer Wassertiefe von bis zu 1300 Metern.

UN-Generalsekretär Ban Ki-moon im Europaparlament



Armut, Hunger, atomare Abrüstung und Klimawandel waren die Themen, die UN-Generalsekretär Ban Ki-moon bei seiner Rede vor dem EU-Parlament in Straßburg ansprach. Bei diesen dringenden Problemen betonte er die wichtige Rolle der EU in der Welt und rief Europa dazu auf, sich noch aktiver in die Weltpolitik einzumischen. Ban Ki-moon erinnerte an die Zusagen, die beim Gipfel in New York zur Senkung der Armut in der Welt gemacht wurden. Die stagnierenden Gespräche über ein weltweites Handelsabkommen sowie die Finanzierung von dringend benötigten Medikamenten

gehörten zu den brennendsten Themen der Gegenwart. Zum Klimawandel betonte er, dass jegliche Verzögerung nur die Kosten steigern werde. Sowohl die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft als auch das menschliche Leben an sich würden darunter leiden. Schließlich kam der UN-Generalsekretär auch auf seine Vision von einer Welt ohne Nuklearwaffen zu sprechen. Atomare Sprengköpfe, die Terroristen in die Hände fielen, stellten eine permanente Bedrohung dar. Ban Ki-moon dankte ausdrücklich den europäischen Staaten für ihre finanzielle und politische Unterstützung. Europa müsse auch weiterhin in der Welt eine wichtige Rolle spielen, denn die EU sei eine Lokomotive, die Wandel und Wachstum fördere und den Zug vorwärts bringe.

Europäischer Außendienst startet

Um die Außenpolitik der Europäischen Union zu stärken und zu bündeln, hatte der Vertrag von Lissabon die Einsetzung eines Hohen Vertreters für die Außenpolitik eingeführt. Seit Dezember 2009 nimmt die Britin Catherine Ashton diese Aufgabe wahr. Um den Start des Europäischen Außendienstes (EAD) zu ermöglichen, hat das Europaparlament in diesen Tagen Änderungen zu den EU-Haushalts- und Personalbestimmungen und dem EU-Haushaltsplan verabschiedet. Die Abgeordneten sichern sich damit auch mehr Einblick in die Arbeit des EAD und sichern ein nach geografischer Herkunft und Geschlecht ausgewogenes Personaleinstellungsverfahren. Aus haushaltstechnischer Sicht wird der EAD wie jede andere EU-Institution behandelt und verfügt über einen eigenen Posten im EU-Haushalt. Der EAD wird der Entlastung durch das Parlament unterstellt. Das Parlament wird demnach seine vollen Befugnisse im Bereich Budgetkontrolle gegenüber dem EAD ausüben. Für den operationellen Haushalt des neuen Dienstes ist die Kommission zuständig. Um finanzielle Transparenz sicherzustellen, muss die Kommission dem Europäischen Parlament und dem Rat einen detaillierten Arbeitsbericht vorlegen, aus dem alle administrativen und operationellen Ausgaben im Rahmen des Europäischen Außendienstes hervorgehen und ihn gemeinsam mit dem Entwurf des EU-Haushaltsplans vorlegen. Dr. Thomas Ulmer, MdEP, begrüßte die Neuregelung: „In Europa müssen wir mit einer Stimme sprechen. Die Einrichtung des Hohen Vertreters für die Außenpolitik und die Arbeit des Europäischen Außendienstes müssen hier einen wichtigen Beitrag leisten.“ Allerdings ist Ulmer auch skeptisch: „Bis wir auch in Washington oder Moskau die nationalen Botschafter abziehen können und nur noch einen gemeinsamen EU-Botschafter beauftragen, werden vermutlich noch Jahrzehnte vergehen.“

Impressum

Dieser Newsletter ist ein Rundbrief von Dr. Thomas Ulmer MdEP (CDU).

Alle Beiträge und Fotos sind urheberrechtlich geschützt. / Herausgeber: Dr. Thomas Ulmer MdEP (verantwortl.), Tarunstr. 21,

74821 Mosbach, Telefon 06261.893991, Telefax 06261.893069

Redaktion und Gestaltung: Matthias Busse, Mobil 0171.6890454 7 Powered by: www.busse-nahrang.com

Bildnachweis: 12-11-09 Pano hemi 6.jpg Copyright: © Photo Parliament European; 010 | S21: Neuer Durchgangsbahnhof: Visualisierung: Aldinger & Wolf /

Fotolia: Oil Spill © Matthias Haas #8629781 | Foto: Ban Ki-moon © Europäisches Parlament – Referat Audiovisuelle Medien.

E-Mail: info@thomasulmer.eu; Internet: www.thomasulmer.eu